

---

**Date: 09.07.2013**

# **Freiburger Nachrichten**



# Steueranreize sollen wieder rentieren

Freiburg gewährt Firmen umfangreiche Steuererleichterungen, wird aber dafür finanziell bestraft: Hohe Firmengewinne bringen weniger Bundesgelder durch den Ressourcenausgleich. Nun will Freiburg Erleichterungen strikter handhaben und prüft **tiefer Gewinnsteuern**.



Von der neuen Steuerstrategie erhofft sich Finanzdirektor Georges Godel (l.) Einnahmen für die Kasse, Volkswirtschaftsdirektor Beat Vonlanthen (M.) Neuzugänge von Firmen und Raumplanungsdirektor Maurice Ropraz die Bebauung strategischer Zonen.

Bild Aldo Ellena

URS HAENNI

Steuererleichterungen und Direkthilfen für Firmen sind im Kanton Freiburg seit Jahrzehnten ein Mittel der Wirtschaftsförderung. Nun hat eine vom Staatsrat eingesetzte Arbeitsgruppe erstmals den Umfang dieser Steuererleichterungen erhoben und ihre Auswirkungen auf die Staatsfinanzen geprüft. Fazit: Die Steuererleichterungen wirken sich seit 2008 negativ auf Einkünfte durch den Neuen Finanzausgleich aus.

Die erstmalige Datenerhe-

bung des Kantons Freiburgs zeigt, dass die Gewinnsteuern der Firmen mit Erleichterungen nach 2008 von rund 40 auf 80 bis 90 Millionen Franken gestiegen wären. Da jedoch auch die Steuererleichterungen anstiegen, blieben die Nettoeinnahmen für den Staat ungefähr gleich.

Mit dem Neuen Finanzausgleich werden aber seit 2008 die jährlich steigenden Unternehmensgewinne voll berechnet. Dies habe zur Folge, dass der Kanton Freiburg weniger Einnahmen aus dem interkan-

tonalen Ressourcenausgleich erhalte, erklärte Finanzdirektor Georges Godel an einer Pressekonferenz gestern in Freiburg. «Die Ausfälle beim Finanzausgleich werden durch die Steuern dieser Firmen nicht mehr gedeckt.»

Dieser Entwicklung stehe entgegen, dass Unternehmen mit Erleichterungen über acht Jahre rund 2000 neue Vollzeitstellen geschaffen und 1,4 Milliarden Investitionen getätigt oder initiiert hätten, präzisierte Staatsschatzverwalter Da-

niel Berset.

## **Massnahmen eingeleitet**

Der Staatsrat sieht sich gerade angesichts der angespannten Finanzlage zum Handeln gezwungen. Anpassungen, die ohne gesetzliche oder regulatorische Vorschriften möglich sind, hat er bereits veranlasst. So soll Firmen eine vollständige Steuerbefreiung nur noch im Ausnahmefall gewährt werden, und die von den Steuern befreiten Gewinne sollen beschränkt werden. Es werden neu gegenseitige Absichtserklärungen und Leistungsverträge an die Erleichterungen geknüpft, so etwa die Schaffung von Arbeitsplätzen oder ein bestimmtes Engagement in der Region. Falls die Firma ihr Engagement nicht erfüllt, sollen Rückzahlungen möglich sein.

Künftig will die Regierung auch systematisch bei wichtigen Vorhaben (mehr als zehn Millionen Franken) die Auswirkungen auf den Ressourcenausgleich abschätzen.

## **KMU und Innovation**

Die Arbeitsgruppe hat sich bereits Gedanken über eine längerfristige Strategie gemacht. Diese wird allerdings von der Unternehmenssteuerreform III des Bundes abhängen. Finanzdirektor Godel sprach vor allem Firmen mit einem Spezialstatus an, welche in Zukunft nicht mehr EU-kompatibel sein könnten. Sie zahlen Freiburg derzeit 29 Millionen Franken Steuern oder 20 Prozent des Gesamten. Diese Firmen möchte Freiburg auch in Zukunft behalten.

Gemäss Godel sieht die Strategie bis 2017/18 eine Senkung des effektiven Gewinnsteuer-

satzes vor. Damit könnte Freiburg insbesondere für KMU attraktiver werden, die für rund 80 Prozent der Firmensteuern verantwortlich sind. Auch ist die Einführung eines «Lizenzbox-Systems» geplant. Einkünfte aus nicht-materiellen Gütern könnten so tiefer besteuert werden. «Die Lizenzbox ermöglicht es, Innovation steuerlich zu begünstigen», so Volkswirtschaftsdirektor Beat Vonlanthen. Allerdings muss dazu die Gesetzgebung des Bundes abgewartet werden.

Wird Freiburg für Firmen steuerlich attraktiver, so müssen durch Steuereinnahmen doch die staatlichen Leistungen garantiert bleiben. Deshalb ergänzte Bau- und Raumplanungsdirektor Maurice Ropraz: «Die Steuermassnahmen müssen begleitet werden durch eine attraktive Bodenpolitik.»